Wiederkehr der Proletarität und soziale Befreiung : Alternativüberlegungen zum Formierungsprozess von Linkspartei PDS und WASG

Autor(en): **Roth, Karl Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **26 (2006)**

Heft 50

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652142

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Karl Heinz Roth

Wiederkehr der Proletarität und soziale Befreiung

Alternativüberlegungen zum Formierungsprozes von Linkspartei. PDS und WASG*

Bei der letzten Bundestagswahl haben 4,2 Millionen Wählerinnen und Wähler dem Bündnis aus Linkspartei/PDS und Wahl-Alternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) ihre Stimme gegeben und 54 seiner Kandidatinnen und Kandidaten in das oberste parlamentarische Gremium geschickt. Seine Exponenten und Funktionäre haben daraus die Ermächtigung abgeleitet, das Wahlbündnis so zügig wie möglich in eine den Normen der repräsentativen Demokratie unterworfene politische Partei umzuwandeln und der neuen Bundestagsfraktion einen entsprechenden „politischen Unterbau" zu verschaffen. Trotz erheblicher Kritik haben sie an diesem Vorhaben bis heute festgehalten. Obwohl ganze Landesverbände der WASG und einige westdeutsche Ortsgruppen der Linkspartei/PDS darauf hinwiesen, dass bei einer derart rasanten und „von oben" forcierten Vereinigung die Verankerung des Projekts im breiten Netz des basisdemokratischen Aufbruchs aufs Spiel gesetzt werde.[1]

Wenn man bedenkt, dass sich die InitiatorInnen des aus dem Wahlbündnis zwischen Linkspartei/PDS und WASG hervorgegangenen Projekts nicht einmal auf eine einigermaßen kohärente keynesianische Variante sozialstaatlicher Re-Regulierung zu verständigen vermochten, dann ist das Ergebnis ernüchternd. Jedoch besteht für den außenstehenden Beobachter zu Häme über das sich abzeichnende Scheitern der Akteure kein Anlass. Ihr Agieren auf dem politischen Feld verweist vielmehr auf die Verfasstheit des sozialen Widerstands zwischen Rhein und Oder zurück, der über zersplitterte Regungen und Manifestationen einfach nicht hinauskommen will.

Macht es angesichts eines solchen Befunds noch Sinn, die Denkwelten und Zielprojektionen der beiden dominierenden Fusionspartner aus sozialistischer Perspektive zu analysieren? Je intensiver ich über die – für mich selbst in vielem überraschenden – Ergebnisse meiner Analyse nachdenke, desto stärker werden meine Zweifel über die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens. Ich werde mich deshalb im Folgenden auf einige grundsätzliche Überlegungen beschränken. Dabei geht es mir nicht mehr um die Klarstellung von Differenzen, sondern um die Präsentation völlig anders gelagerter Sichtweisen.

Gesellschaftliche Entwicklung und erste Übergangsforderungen

Im Ergebnis einer mehr als zwanzigjährigen Konstellation strategischer Unterbeschäftigung und einer dessen ungeachtet anhaltenden Flucht aus den Zumutungen entfremdeter Arbeitsverhältnisse hat sich die westdeutsche Gesellschaft dramatisch verändert. Während sich die Kapitalvermögensbesitzer, die Führungsschichten und die schmale Schicht der Deregulierungsgewinner zunehmend in ihre luxuriösen Lebenssphären und eine repressive Herrschaftspraxis zurückziehen, zeigen die Mittelschichten Auflösungserscheinungen[2] und die Zahl der Erwerbsabhängigen und Eigentumslosen nimmt nach unten und oben zu. Eine breite Fragmentierung der Unterklassen hat eingesetzt, die nach oben zu den hochqualifizierten Scheinselbständigen der IT-Sektoren und nach unten zur neuen Massenarmut aufschließen. Die schrumpfenden großindustriellen Kernbelegschaften sind nur noch eine Komponente dieser vielschichtigen Menge.

Typisch sind inzwischen komplexe multikulturelle proletarische Gemengelagen, die sich zunehmend sozialgeographisch verdichten. Diese Menschen haben die materiellen Voraussetzungen für eine einigermaßen sozial gesicherte Zukunftsplanung verloren. Die Erwerbsbiographien sind brüchig geworden und die geschlechtsspezifischen Grenzen zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit haben sich verwischt. Wenn es für diese wiedergekehrte Proletarität[3] überhaupt ein übergreifendes Charakteristikum gibt, dann ist es die „prekäre" Verfasstheit der Arbeitsverhältnisse: Die Menschen sind auf der beständigen Suche nach selbstbestimmten Tätigkeiten, müssen dabei aber immer schlechter bezahlte und zunehmend ungesicherte Jobs in Kauf nehmen. Dabei wechseln sie zwischen Erwerbslosigkeit, Teilzeitbeschäftigungen, scheinselbständigen Kontraktarbeiten und befristeten Festanstellungen hin und her. Auch ihre familiären Bindungen sind zunehmend brüchig geworden: Lebensabschnittsbeziehungen und pseudofamiliäre Patchwork-Strukturen haben die patriarchale Kernfamilie abgelöst.

Diese Entwicklung steckt voller Ambivalenzen. Die Proletarität ist wiedergekehrt und hat den großindustriellen, sozialstaatlich geschützten und sich patriarchal-kleinfamiliär reproduzierenden Hochlohnarbeiter in sich aufzulösen begonnen. Auch in Deutschland hat sich der Anteil der „typischen" Vollzeitbeschäftigten inzwischen mehr als halbiert, und mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten bezieht inzwischen Lohneinkommen, die zur kleinfamiliären Lebensplanung nicht mehr ausreichen. Von diesen Befunden ist auszugehen. Ein solches *facing realities* erscheint mir aber auch deshalb vordringlich, weil der Weg zur Wiederherstellung sozialstaatlich abgesicherter patriarchaler Arbeits- und Lebensverhältnisse auch mental kaum möglich ist. Wir sollten uns von den Vorstellungen eines sozialstaatlichen *Zurück* zur Lohnarbeitsgesellschaft und einer damit verknüpften Wiederherstellung ihrer kollektiven Repräsentationen in Gestalt von natio-

naler Einheitsgewerkschaft und politischer Partei verabschieden.

Trotzdem besteht kein Anlass, der weiteren Entwicklung untätig zuzusehen. Die Klassenfragmentierung schreitet voran. Das rechtsliberale Regulationssystem stellt den Akteuren der Kapitalverwertung immer raffiniertere Sozialtechniken zur Verfügung, um die Massenbedürfnisse nach selbstbestimmter Arbeit und sozialer Subjektivität in Instrumente der Überausbeutung und der Produktivitätssteigerung zu verwandeln. Wenn dieser Prozess nicht aufgehalten wird, dann führt er zu fortschreitender sozialer Fragmentierung und Massenverarmung. Deshalb genügt es nicht, die illusorischen Bestrebungen zur Reaktivierung überlebter symbolischer Repräsentationen zurückzuweisen. Dem Prozess der fortschreitenden Klassenfragmentierung sollte eine Konzeption der Klassenformierung entgegengesetzt werden, die von denjenigen Massenbedürfnissen ausgeht, die in allen Teilen der neuen Unterklassen lebendig sind.[4] Aus ihnen könnten erste Übergangsforderungen entwickelt werden: Umverteilung der Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung, Existenzsicherung durch die Durchsetzung obligatorischer Mindestlöhne und Überwindung des normativen Arbeitszwangs durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dabei ist die Kopplung dieser drei Übergangsforderungen entscheidend. Nur im Ensemble zwingen sie das Kapital in die Defensive, weil sie den verwertenden und steuernden Zugriff auf die Massenbedürfnisse nach selbstbestimmter Tätigkeit und nach der Gewinnung ihrer sozialen Individualität in egalitär verfassten kleinen Gemeinschaften erschweren.

Von der Klassenfragmentierung zur Klassenformierung durch soziale Aneignung auf kommunaler Ebene

Bei den ersten Schritten zur Umsetzung dieser Übergangsforderungen sollten wir uns auf soziale Räume konzentrieren, in denen die verschiedenen Teile der neuen Unterklasse besonders breit vertreten sind. Dies sind die Zusammenballungen der „wachsenden" Metropolen und ihrer Subzentren, in denen sich die neuesten Wissensindustrien und Logistik-Zentren befinden und die sozialen Infrastrukturen der Kommunen und Gebietskörperschaften der Profitlogik der post-fordistischen *cluster economy* ausgeliefert werden. Genau hier ist die neue Proletarität in ihrer ganzen Vielschichtigkeit vertreten. Und deshalb sollten alle Initiativen hier ansetzen, ihre Übergangsforderungen nach selbstbestimmtem Leben in sozialen Orten verdichten und den Kampf um die Wiederaneignung des sozialen Reichtums aufnehmen.

Ein solcher Schritt setzt voraus, dass die neuen sozialen Bewegungen ihren Widerstand mit den Erfahrungen und Ressourcen der jeweiligen lokalen Gewerkschaftslinken verbinden und gemeinsam mit den sozialistischen Initiativen des politischen Felds eine gesellschaftliche Gegenmacht

hervorbringen, die zuallererst *kommunal* verankert ist. Nur auf der kommunalen Ebene der „Metropolenregionen" und ihrer Subzentren können die Kämpfe für Mindestlohn, radikale Arbeitszeitverkürzung und bedingungsloses Sozialeinkommen konkret geführt und exemplarisch mit der sozialen Wiederaneignung der privatisierten infrastrukturellen Ressourcen (Wohnungswesen, Transportsysteme, Bildungswesen und Gesundheit, Kommunalwirtschaft, Sozialkassen) verbunden werden.

Ein solcher Prozess kann nur in Gang kommen, wenn sich die drei derzeit vorhandenen Impulsgeber (neue Sozialbewegungen, der linke Flügel der „alten" gewerkschaftlichen Sozialbewegungen und die verschiedenen sozialistischen Gruppierungen des politischen Felds) auf ihn verständigen. Der dafür erforderliche Konvergenzprozess ist überaus schwierig, denn die gegenseitigen Ressentiments sitzen tief und erscheinen kaum überwindbar. Trotzdem gibt es zu einem derartigen Vorgehen keine Alternative, denn nur auf dieser Basis vermag eine „kritische Masse" zu entstehen, die zur Verankerung in den neuen Unterklassen in der Lage ist, um gemeinsame Lernprozesse in Gang zu bringen, die exemplarisch auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen. Er kann nur dann auf den Weg gebracht werden, wenn die Kerne der neuen Sozialbewegungen die punktuelle Begrenztheit ihrer Initiativen zur Disposition stellen, wenn die VertreterInnen der Gewerkschaftslinken mit den undemokratisch-hierarchischen Strukturen der Einheitsgewerkschaften brechen und ihre einseitige Fixierung auf die großindustriellen Kernbelegschaften aufgeben, und wenn die sozialistischen Gruppierungen und Initiativen die normativen Strukturen des repräsentativen Parteienstaats hinter sich lassen: Statt ihr Engagement als Randströmungen in die entstehende Linkspartei zu investieren, sollten sie ihre Perspektiven umkehren und sich am basisdemokratischen Aufbau der ersten sozialen Orte beteiligen.

Überwindung der Nationalstaatlichkeit und Entwicklung globaler Perspektiven der Befreiung

Die Konzentration der alternativ anzueignenden sozialen Räume auf die Metropolenregionen und ihre Subzentren würde auch neue Wege zu einer übergreifenden territorialen Klassenformierung eröffnen: Sie könnte die Fallstricke der nationalstaatlichen Einfriedung aufsprengen, in denen die Arbeiterbewegung seit dem ersten Weltkrieg befangen ist. Von den sozialen Orten könnten Initiativen zur regionalen, kontinentalen und weltweiten Vernetzung ausgehen, in die die Sozialbewegungen der *global cities* des Nordens genauso integriert sind wie diejenigen der *slum cities* des Südens. Das Rückgrat dieser sich weltweit ausbreitenden Rätestrukturen könnten die kontinentalen und transkontinentalen Migrationsströme sowie die weltweit miteinander verbundenen Transport- und KommunikationsarbeiterInnen aufbauen, und in diesem Kontext wäre eine trans-nationale Reor-

ganisation der zuständigen Gewerkschaften zu diskutieren. Die objektiven Vorbedingungen dafür haben seit den 1970er Jahren die transnationalen Konzerne geschaffen, die den technischen Fortschritt in der Informations- und Logistikbranche zur weltweiten Diversifikation ihrer Produktionsstandorte und Wertschöpfungsketten genutzt haben.

Von solchen Perspektiven einer weltweiten Globalisierung von unten sind die ProtagonistInnen der Linkspartei weit entfernt. Ihre sozialstaatlichen Reaktivierungsmodelle sehen sie wie selbstverständlich im Kontext der Nationalstaatlichkeit (BRD und Europäische Union). Im gemeinsamen Programmentwurf haben sie festgeschrieben, dass den „in Deutschland und in den Ländern der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen gleiche BürgerInnen- und Menschenrechte unter angeglichenen materiellen und sozialen Bedingungen" einzuräumen seien.[5] Was aber ist mit den Menschen, die Woche für Woche an der Schengener Grenze zugrundegehen? Mehr als die Wiedereinführung des Asylrechts fällt den AutorInnen des Programmentwurfs nicht ein. Aber auch sonst spürt man nichts von der kritischen Hinterfragung der Nationalstaatlichkeit durch die Sozial- und Geschichtswissenschaft der vergangenen Jahrzehnte. Der Nationalstaat ist und bleibt der zentrale Bezugsrahmen für die Wiederherstellung der Lohnarbeitsgesellschaft und ihres kompensatorischen sozialen Eigentums: „Der Nationalstaat soll wieder zu einem rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Feld werden."[6]

Die in solchen Erklärungen zutage tretende mentale Symbiose von Lohnarbeitsideologie und Nationalismus hat zur Folge, dass ihre AutorInnen sich noch nicht einmal die Frage nach den Erfolgsaussichten ihrer germano- und eurozentristischen Programmatik vorlegen. Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass die Führungsgruppen der Weltunternehmen längst begonnen haben, den Nationalstaaten und supranationalen Machtblöcken in Gestalt der *global cities* und der diesen zugeordneten Subzentren Konkurrenz zu machen. Inzwischen sind die politischen Klassen der Nationalstaaten durch die Expansion der an den Küsten der Kontinente und Weltmeere entstandenen Metropolenregionen derart unter Druck geraten, dass sie ihre schrumpfenden Souveränitäten und Steuerkassen nun ihrerseits in eine bedingungslose Standortkonkurrenz geschickt haben.

Über diese „Flexibilisierung" und Aushöhlung ihrer nationalstaatlichen Orientierung verlieren die Ordoliberalen und die Keynesianer der Linkspartei-Initiative kein Wort. Der Übergang des kapitalistischen Weltsystems zu mehrschichtigen Regulationsstrukturen und folglich zur Relativierung der Nationalstaatlichkeit scheint aber irreversibel zu sein. Wer sich für die Reaktivierung nationaler Sozialstaatlichkeit einsetzt, sollte zumindest überlegen, was im Fall einer erfolgreichen Inbesitznahme der politischen Macht geschehen würde. Wenn es linken parteipolitischen Projekten wirklich gelänge, ihren deregulierten „Wettbewerbsstaat" in einen vollbe-

schäftigungs- und hochlohnstabilen Sozialstaat zurückzuverwandeln, würden sie sich sehr schnell mit einer Kettenreaktion von Kapitalflucht, Währungsabwertung und umfassenden Diskriminierungen durch die globalen Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkte konfrontiert sehen. Ihre Chancen zur Gegensteuerung wären gering, und sie würden ihr Experiment wahrscheinlich rasch wieder aufgeben müssen – so wie beispielsweise die Mitterrand-Regierung zu Beginn der 1980er Jahre.

Ich behaupte jedoch keineswegs – wie etwa die meisten Globalisierungskritiker –, dass ein solcher Weg zur keynesianischen Re-Regulierung von Sozialstaatlichkeit völlig verbaut ist. Nur müssten sich die ExpertInnen dann der Mühe unterziehen, ihre Modelle zur keynesianischen Umsteuerung auch auf Weltebene durchzuspielen. Sie könnten ausgehend von den vier größten Reservewährungen der Welt eine neue Weltwährung kreieren, feste Wechselkurse einführen, die weltwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente unter ihre Kontrolle bringen und die Voraussetzungen für eine weltweit greifende antizyklische Wirtschaftspolitik schaffen, um die Massenarmut zu überwinden und die dramatisch vertieften Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zwischen den Weltregionen zu überbrücken.

Solche „post-keynesianischen" Modelle gibt es durchaus.[7] Aber sie wurden im Umfeld der Formierungsdebatte zur Linkspartei bislang nirgends zur Diskussion gestellt, obwohl es an der dafür erforderlichen wirtschaftswissenschaftlichen Kompetenz nicht mangelt und Ignoranz deshalb als Ursache ausscheidet. Die Ursache liegt wohl darin, dass die global-politischen Voraussetzungen für eine wirklich erfolgreiche Umsetzung der keynesianischen Variante von sozialstaatlicher Erneuerung allzu utopisch erscheinen: Um eine neue Weltwährung zu kreieren und den globalen Akkumulationszyklus re-regulierbar zu machen, müssten die Keynesianer simultan auf die politischen Schalthebel in Washington, Brüssel, Tokio und Peking Einfluss bekommen. ... Da bleibt man doch lieber zu Hause und müht sich dort redlich – wenn auch vergeblich.

So steht Utopie gegen Utopie. Und da mir die soziale Selbstbefreiung der Ausgebeuteten sympathischer erscheint als eine mindestens genauso schwer zu bewerkstelligende sozialstaatliche Erneuerung als Aufgabe einer technokratischen Weltelite, ziehe ich es vor, an meinen Alternativvorschlägen festzuhalten.

*Nachdruck des 3. Kapitels aus dem Beitrag „Erneuerung des Sozialstaats? Eine Debatte mit Fallstricken für die Formierung einer vereinigten Linkspartei in Deutschland" im Supplement 5/06 der Zeitschrift „Sozialismus", Hamburg. Mit zusätzlichen Hinweisen in den Anmerkungen seitens der Red.

Anmerkungen

1 Vgl. die laufende Dokumentation auf der von Egbert Scheunemann betreuten Website www.egbert-scheunemann.de
2 Vgl. Sergio Bologna: Die Zerstörung der Mittelschichten. Graz/Wien, 2006.
3 Vgl. auch Karl Heinz Roth: Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte. Köln, 1994. Und ders.: Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven. Hamburg 2005.
4 Dazu ausführlich in Karl Heinz Roth: Zwischen exploitierter Multitude und Weltarbeiterklasse: Klassenformierung und Klassenfragmentierung. In: Kapitalismus Reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie. Hamburg, 2006 (i.E.).
5 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, S. 11. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei, PDS und WASG, Februar 2006.
6 Ebenda, S. 15.
7 Vgl. vor allem Paul Davidson: Reforming the world money. In: Journal of Post-Keynesian Economics, vol. 15, Winter 1992-1993; Kai Eicker-Wolf, Wilfried Mahlmann, Sabine Reiner: Mythos und Realität der Globalisierungs- und Standortdiskussion. Marburg 1999 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Nr. 2), S. 115.

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



VERLAGSGENOSSENSCHAFTEN Autonomie & Bindung – Geschichte einer Druckerei- und Verlagsgenossenschaft · Schweiz: WoZ – den Arbeitsplatz selbst bezahlen und verwalten · taz – Profilsuche als Daueraufgabe – Zwischen Kundenmanagement und Mitgliedererpressung · junge Welt – Durchgebissen: eine Verlagsgenossenschaft zwischen Liquiditätskrisen und Richtungsstreits · Göttinger Wochenzeitung – Gemeinsam eine Alternative schaffen

PRINTMEDIEN Düsseldorf: terz – Stattzeitung für Politik und Kultur: »Wo wir sind ist vorne« · analyse & kritik: Von links intervenieren · Verlag Assoziation A: Geschichte wird zensiert **KOMMUNEN** Kassel: Die »Villa Locomuna« **FAIRTRADE** Blackspot-Kampagne: Ein roter Punkt an der Schuhspitze **DISCOUNTER** Parallele Protestkampagnen heizen dem Discounter Lidl ein **IRAK** Ein Arzt aus Bagdad berichtet: Zwischen den Feuern – die »Doctors for Iraq« **GENOSSENSCHAFTEN** Bürstadt: Solar-Bürger-Genossenschaft – Verantwortliche Energieversorgung – den Umbau auf viele Füße stellen · Greenpeace energy **u.v.m.**

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org